An den Senator für Finanzen
Herrn Dr. Andreas Dressel
Behörde für Finanzen
Freie und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 15.12.2025

Betreff: Gesetzliche Verpflichtung und politische Zusage einlösen: Sofortige Klärung zur Finanzierung der FamFö, der Frühen Hilfen, der OKJA, JSA und SAJF!

Sehr geehrter Herr Senator Dressel,

wir wenden uns in größter Dringlichkeit an Sie. Seit Wochen appellieren wir mit Positionspapieren, Brandbriefen und Gesprächen an die Finanzbehörde, die prekäre Lage der Hamburger sozialräumlichen Angebote zu lösen. Sowohl von Seiten der zuständigen Bildungsbehörde als auch von zuständigen Ämtern und Dezernaten in den Bezirken sowie von mehreren Sprecherinnen der Bezirksfraktionen der SPD als auch vom familienpolitischen Sprecher der SPD wissen wir, dass diese Angebote für die soziale Infrastruktur als zentraler Bestandteil angesehen werden. Auch der Landesjugendhilfeausschuss hat am 08.12.2025 unmissverständlich festgestellt: diese Angebote sind unverzichtbar für die Sicherung von Kinderrechten und die soziale Stabilität unserer Stadt. Sie **müssen** strukturell abgesichert und bedarfsgerecht finanziert werden. Die fachliche Notwendigkeit wird allerseits anerkannt. Somit ist auch klar, dass es allein eine politische Entscheidung der Finanzbehörde ist, ob diese soziale Infrastruktur erhalten werden soll oder nicht.

Heute sollte ein klärender Termin mit dem zuständigen Amtsleiter stattfinden – er ist ohne Absage nicht erschienen. Bis heute gibt es keinerlei belastbare Zusagen aus Ihrem Haus. Währenddessen laufen Verträge aus, Fachkräfte verlassen die Einrichtungen, und in besonders belasteten Quartieren droht die soziale Infrastruktur zu zerbrechen. Das ist nicht nur ein Verwaltungsproblem, sondern eine gesellschaftliche Gefahr.

Die gesetzliche Verpflichtung zur Sicherstellung dieser Leistungen ist eindeutig. Hinzu kommt: Im aktuellen Koalitionsvertrag wurde die Bestandssicherung aller bestehenden Angebote vereinbart. Ihr Amtsleiter und ihr jugendpolitischer Sprecher haben den freien Trägern und im Landesjugendhilfeausschuss mehrfach zugesagt, dass es ausdrücklich Regierungs- und Behördenwille sei, den Bestand an Angeboten zu sichern! **Diese Zusage muss jetzt eingelöst werden. Alles andere wäre ein Bruch des Vertrauens gegenüber Trägern, Fachkräften, den jungen Menschen und Familien, die auf diese Angebote angewiesen sind.**

In Berlin wird am Donnerstag zu diesem Thema gestreikt. Wir wollen das für Hamburg vermeiden. Aber ohne klare Zusage wird auch hier die Geduld enden. Wenn irgendjemand von uns Weihnachten feiern soll, brauchen wir vor den Feiertagen verbindliche Klarheit.

Wir fordern daher mit Nachdruck:

- **Sofortige Bestätigung, dass die Rahmenzuweisungen 2026 für die Kinder- und Jugendarbeit, die Familienförderung und die sozialräumlichen Angebote bestandssichernd aufgestockt werden.**
- **Fortführung und Anpassung der SIN-Mittel und der flüchtlingsbedingten Mehrbedarfe mindestens im bisherigen Umfang.**
- **Unverzügliche Information an die Bezirke, dass der Bestand der Angebote gesichert ist.**

Sollten die finanziellen Zusagen nicht kommen, dann führt dies zu einer Zerschlagung dieser Strukturen. Die Erosion dieser Strukturen wäre fatal – für Integration, Prävention und den sozialen Frieden in Hamburg.

Wir erwarten Ihre Rückmeldung bis spätestens 19.12.2025. Gern stehen wir für ein persönliches Gespräch bereit.

Die Kolleg*innen aus der Offenen Arbeit mit jungen Menschen und ihren Familien

IVOA
Interessenvertretung
Offene Arbeit Hamburg

entschlossen OFFEN

Kontakt bitte über die AG Presse/Öffentlichkeit der IVOA:

Ina Achilles: ina.achilles@sprungbrett-bergedorf.de Tel: 0175 402 70 48

Olaf Sobczak: olaf.sobczak@kifaz.de Tel: 040 / 29 82 13 11

Simon Dhemija: simon.dhemija@gmail.com Tel.: 0176 57653963

Bauspielplatz Rübezahl – Ruth Abels: bauiruebe@googlemail.com Tel: 01523 4732760

Vera Koritensky: v.koritensky@vkjhh.de Tel: 0157 52827733